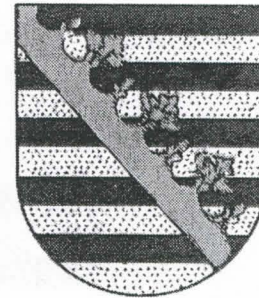


2 / 207 / 16 ● 2 ●

CDU

LANDESVERBAND SACHSEN

WAHLPLATTFORM
DER CDU
SACHSEN



MF 2370 CHR

...essen auf dem 2. Landesparteitag in Dresden am 1.9.1990)



SACHSEN UNSERE HEIMAT - DEUTSCHLAND UNSER VATERLAND

EUROPA UNSERE ZUKUNFT

Sachsen besitzt eine jahrhundertealte staatliche und kulturelle Tradition. Freiheit und Demokratie sind trotz wiederholter Unterdrückung - insbesondere seit 1933 - im Bewußtsein der Sachsen tief verwurzelt geblieben. In den spontanen Demonstrationen im Herbst 1989 haben diese Ideale gerade in den Städten Sachsens die Umbruchsbewegung getragen. An diese reiche Tradition und Geschichte werden wir bei der Wiedererrichtung des sächsischen Gemeinwesens anknüpfen.

Die Erfahrungen der eigenen Geschichte verpflichten uns zum verfassungsmäßigen Schutz der persönlichen Rechte des einzelnen und zum Aufbau von Parlament, Regierung und Gerichten, die demokratisch legitimiert und kontrolliert sein müssen. Ebenso wichtig ist die Gewaltenteilung zwischen Gesamtstaat, Bundesländern und Kommunen. Die CDU hält die föderale Gliederung aus diesem Grunde, aber auch weil sie der geschichtlichen Tradition entspricht und den Menschen Identität und Heimat vermittelt, für die dem deutschen Gesamtstaat angemessene Organisationsform.

Ausgehend vom christlichen Menschenbild, das die Beachtung der Würde des einzelnen gebietet, tritt die CDU dafür ein, daß die künftige Verfassung Sachsens christlich-humanistischen Grundwerten gerecht wird. Der Schutz persönlicher Rechte hat auch den Schutz von besonderen Traditionen und Gruppenrechten zu beinhalten. Die CDU tritt daher für eine verfassungsmäßige Garantie der Volksgruppenrechte für die Sorben in Sachsen ein. Die CDU tritt ferner für die Gewährleistung der kulturellen Eigenständigkeit der einzelnen Bevölkerungsteile Sachsens, insbesondere der Schlesier in der Region um Görlitz und Vogtländer im sächsischen Vogtland ein.

Das Land Sachsen wird Teil des deutschen Gesamtstaates und der Europäischen Gemeinschaft. Dieses verdanken wir dem konsequenten Festhalten am Gedanken der deutschen Einheit durch die CDU West und der entschlossenen Umsetzung sowie deren internationale Absicherung durch Bundeskanzler Helmut Kohl.

Sachsen hat damit die Chance, wieder eine Brücke zwischen Ost und West zu werden und damit auch wieder ein Stück Mitte des künftigen Europas zu verkörpern - es fühlt sich auch den globalen Fragen verpflichtet. Dies schließt ein Engagement für die unterentwickelten Völker und Länder ein.

Sachsen war bis zum 2. Weltkrieg eine der hochentwickeltsten Industrieregionen in Europa. Sächsische Industrieprodukte hatten Welt-ruf. Beispielsweise waren die in Sachsen beheimateten Industrie-zweige Autoindustrie, Textilindustrie, Maschinenbau, Optik und Feinmechanik mitbestimmend für das internationale technische Niveau. Deshalb braucht jetzt nicht gleich bei Null begonnen werden. Sachsen ist auch heute kein Entwicklungsland. Es verfügt über gut ausgebildete, fleißige und begabte Menschen, die jedoch während mehr als 40 Jahren durch das SED - Regime um die Früchte ihrer Arbeit gebracht wurden. Die arbeitende Bevölkerung mußte mit ansehen, daß die Ergebnisse ihres Fleißes von einem unfähigen politischen System vergeudet und durch Mißwirtschaft zunichte gemacht wurden.

Die CDU arbeitet für den Aufbau eines modernen Sozialstaates und die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft - gegen Sozialneid, gegen soziale Rücksichtslosigkeit und das Gegeneinanderauspielen einzelner Bevölkerungsteile.

Wir wollen Gewerkschaften, die unabhängig von parteipolitischen Rücksichten und frei von altem Genossenfilz die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, die aber auch fähig sind zum Kompromiß und zum sozialen Frieden.

Genauso wichtig wie die Marktwirtschaft sind uns dabei die Begriffe "Sozial" und "ökologisch". Wir stehen dafür, daß nicht e i n Extrem durch ein anderes ersetzt wird, daß unser Land jetzt nicht zum Opfer von Glücksrittern und Freibeutern wird, sondern daß die Arbeitnehmer den sozialen Schutz und die soziale Absicherung erhalten, die ihnen zustehen. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, in der jeder mit seinen Kräften am Wiederaufbau unseres Landes mitarbeitet und in vollem Umfang am wirtschaftlichen Erfolg der sozialen Marktwirtschaft beteiligt wird.

Die CDU Sachsens tritt dafür ein, daß die personelle Erneuerung in Führungspositionen des öffentlichen Dienstes, der Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Kultur mit größerer Konsequenz als bisher durchgesetzt wird.

Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik sind für uns keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille. Nur wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftlicher Erfolg eröffnen uns neue sozialpolitische Gestaltungsmöglichkeiten. Ein blühendes Wirtschaftssystem führt deshalb - dies zeigt auch der internationale Vergleich - nicht zum Abbau, sondern zur Sicherung und Verbesserung von Sozialleistungen.

Wir wollen eine neue dynamische, wirtschaftlich orientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufbauen. Dabei verweigern wir uns entschieden dem zynischen und verantwortungslosen Versuch des Kanzlerkandidaten Lafontaine, der durch maßlose Forderungen auf der einen und das Schüren von Sozialneid auf der anderen Seite unser Land sehenden Auges in ein Chaos zu stürzen bereit ist, um dabei parteipolitischen Nutzen zu ziehen.

Um rasch zu einer wirtschaftlichen Gesundung zu kommen, müssen wir ungeachtet aller damit verbundenen Schwierigkeiten während einer Übergangszeit zielstrebig darangehen, die Grundübel des alten Systems abzustellen. Nicht der Staat, sondern nur der Einsatz und die Kreativität jedes Bürgers sind in der Lage, das Ziel zu erreichen, "Sachsens Glanz" wieder strahlen zu lassen. Die CDU will deshalb einen Staat, der die Rahmenbedingungen für diese Entfaltung des einzelnen setzt, ohne ihn erneut zu bevormunden.

Mit der Zentralisierung aller staatlichen und wirtschaftlichen Entscheidungen hat das SED-Regime die Menschen vor Ort entmündigt. Dies gilt ebenso für die Zerschlagung der mittelständischen Wirtschaft Sachsens, wie für die kommunale Selbstverwaltung. Ideologische Verbohrtheit, mangelnde wirtschaftliche Qualifikation und Inkompetenz der großen Mehrheit der Vertreter des SED-Regimes und die starre und schwerfällige Zentralisierung aller Lebensbereiche hat den Sachverhalt vor Ort ausgeschaltet und pragmatische Problemlösungen meist unmöglich gemacht.

Hier müssen wir gezielt und systematisch ansetzen: Statt wirtschaftlicher Kolosse auf tönernen Füßen, statt Kommandowirtschaft und zentraler, schwerfälliger Entscheidungsgremien, brauchen wir eine konsequente Privatisierung und Dezentralisierung unserer Wirtschaft mit dem Ziel einer gesunden Struktur kleiner, mittelständischer und größerer Betriebe. Die Aufgabe heißt: So viel Markt wie möglich; so viel Staat wie nötig. Die Erfahrungen aus 40 Jahren hat unmißverständlich gezeigt: Nur wer persönliche wirtschaftliche Verantwortung trägt, handelt auch verantwortungsbewußt.

Die Wurzeln von Dynamik, Schaffensfreude, Unternehmungsgeist und Aufbruchstreben sind durch Dezentralisierung und Privatisierung freizulegen und zu aktivieren. Deshalb wird die CDU ihre Politik darauf richten, Eigeninitiative und Eigenverantwortung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern. Das heißt, zügige und für die Beschäftigten durchschaubare Umwandlung der volkseigenen Betriebe und Kombinate in privatwirtschaftliche Betriebe in privater Hand. Das heißt auch, Ausgestaltung der im Grundgesetz enthaltenen Vereinigungsfreiheit durch Förderung von Vereinen und Verbänden, z. B. in den Bereichen Sport oder Volksmusik.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser Politik ist eine starke kommunale Selbstverwaltung. Der Grundsatz, die Aufgaben möglichst vor Ort, auf der dem Bürger nächsten Ebene, zu lösen, sind, muß praktische Politik werden. Derzeit fehlen für ein eigenverantwortliches kommunales Handeln noch wesentliche Rahmenbedingungen. Nach dem künftig geltenden Grundsatz fällt auch dem Land Sachsen die Aufgabe zu, die rechtlichen Voraussetzungen für handlungsfähige Kommunen zu schaffen. Die CDU betrachtet dies als vordringliche Aufgabe des Sächsischen Landtages.

Mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung und einem gerechten Finanzausgleich zwischen ärmeren und reicheren Kommunen werden die Voraussetzungen geschaffen, daß die Landkreise, Städte und Gemeinden die Aufgaben, die dringend angepackt werden müssen, auch angehen können.

Sachsen wird den Aufbau nur mit partnerschaftlicher Hilfe der Europäischen Gemeinschaft, des deutschen Gesamtstaates und aller Bundesländer schaffen können. Neben der Zusammenarbeit mit benachbarten Bundesländern fördert die CDU deshalb insbesondere den raschen Ausbau der Partnerschaft mit Baden-Württemberg, Bayern und deren Partnerregionen um die Industriemetropolen Mailand, Lyon und Barcelona.

Das Land Sachsen sieht sich zu einer besonderen Zusammenarbeit mit den angrenzenden polnischen und tschechischen Regionen verpflichtet, um die europäische Einigung voranzubringen.

Diese Öffnung Sachsens nach Europa bringt auch Probleme mit sich. Dies gilt für das Einströmen von Ausländern, insbesondere von Asylbewerbern aber auch von deutschen Landsleuten aus der Sowjetunion, Rumänien und Polen.

Sachsen muß bereit sein, sich an der Aufnahme von deutschen Aussiedlern und politischen Flüchtlingen solidarisch zu beteiligen. Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Sachsen, kann diese, Lande jedoch bei der Verteilung auf die künftigen Bundesländer nur eine begrenzte Zahl aufnehmen, die so zu bemessen ist, daß sie den Aufbau des Landes nicht gefährdet.

Die CDU bekennt sich zum Recht auf Asyl bei politischer und rassistischer oder religiöser Verfolgung, wie dies in der Genfer Menschenrechtskonvention niedergelegt ist.

Angesichts der Flüchtlingsströme, die nach Westeuropa drängen, bedarf es einer europäischen Lösung, die das Asylrecht bewahrt, aber auch gemeinsame Lösungen zur Begrenzung des Mißbrauchs des Asylrechts schafft.

Sachsen braucht den Aufbruch in eine freiheitliche zukunftsorientierte Politik. Eine CDU-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, daß Kompetenz und Leistung und nicht Parteibuchwirtschaft Maßstäbe für die Arbeit der Landesregierung sein werden.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben einen Anspruch darauf, nicht länger schlecht verwaltet, sondern endlich gut regiert zu werden. Mit Mut und Tatkraft und Engagement will die CDU unser Land wieder dahin zurückführen, wo es hingehört: In die Spitzengruppe der deutschen Bundesländer - packen wir es gemeinsam an!

Wirtschaftspolitik

Die soziale Marktwirtschaft ist weltweit auf dem Vormarsch. Das Modell der sozialistischen Planwirtschaft ist überall, auch in Sachsen, gescheitert. Soziale Marktwirtschaft verbindet wie keine andere Wirtschaftsordnung persönliche Freiheit und soziale Verantwortung, Leistung und soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Fortschritt und Rücksicht auf die Umwelt.

Das SED-Regime hat die Wirtschaft des Landes rücksichtslos auf Verschleiß gefahren und heruntergewirtschaftet. Die jetzt sichtbar werdenden Folgen dieser verantwortungslosen Politik sind katastrophal, weil viele Betriebe praktisch keine Substanz mehr haben. Die Menschen wurden systematisch daran gehindert, ihre Kreativität und Leistungsfähigkeit zu entfalten und zu beweisen. Die Umwelt wurde rücksichtslos ausgebeutet.

In dieser Situation hilft nur die rasche und konsequente Umgestaltung der Wirtschaft in eine sozial und ökologisch gebundene Marktwirtschaft. Dies ist zwingend und unumgänglich, auch wenn dies in der Übergangszeit zu einer Durststrecke und zu sozialen und wirtschaftlichen Problemen führt. Diese Talsohle muß durchschritten werden. Die CDU steht aber auch dafür, daß die sozialen Folgen über rasche Strukturhilfen, Absicherung der Arbeitslosen, Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etc. abgefedert werden.

Struktur- und Überbrückungshilfen müssen traditionellen Wirtschaftssektoren, wie der zur Problembranche gewordenen Textilindustrie, die Modernisierung und die Anpassung - die auch mit Personalabbau verbunden sein wird - an die Erfordernisse der Märkte ermöglichen. Eine pauschale Konservierung bestehender Betriebe ist dabei weder wirtschaftlich sinnvoll noch finanziell vertretbar.

Wir bieten Gewähr für eine nach vorne gerichtete Wirtschaftspolitik zum Wohle der Menschen in Sachsen, dafür, daß der Fleiß der sächsischen Arbeiterinnen und Arbeiter sich wieder lohnt, dafür, daß dieser zusammen mit sächsischem Erfindungsreichtum dem Begriff "Made in Sachsen" wieder einen guten Klang verschafft. An der Unverkäuflichkeit mancher heutiger Produkte sind nicht die Arbeiter schuld, sondern die verfehlte Kommandowirtschaft.

Der Staat muß sich in der sozialen Marktwirtschaft darauf beschränken, den rechtlichen Ordnungsrahmen zu setzen. Die notwendige Infrastruktur bereitzustellen und durch geeignete Förderungsmaßnahmen auf eine gleichmäßige Wirtschaftsentwicklung in den Ballungsräumen wie im ländlichen Raum hinzuwirken.

Darüber hinaus haben Land und Kommunen gerade in der anstehenden Aufbauphase Mittler- und Motorfunktion bei der Gewinnung von Investoren und der Ansiedlung von Arbeitsplätzen.

Von entscheidender Bedeutung ist die Entwicklung einer gesunden Wirtschaftsstruktur mit einer mittelständigen Basis und größeren Industriebetrieben, die sich gegenseitig brauchen. Bei der Ansiedlung von Betrieben muß darauf geachtet werden, daß zukunfts-trächtige Wirtschaftszweige im Vordergrund stehen.

Dies sind im produzierenden Bereich beispielsweise die Kommunikationstechnik, die Elektronik, die Umwelttechnologie sowie der Maschinen- und Anlagenbau, aber auch eine modernen Erfordernissen angepaßte Textilindustrie.

Dies ist aber auch der gesamte Dienstleistungsbereich mit Banken, Versicherungen, Software, dem in Leipzig beheimateten Messegeschäft und dem ganzen Sektor Tourismus und Freizeit.

Bei der zu entwickelnden Landesplanung muß auf die natürlichen Gegebenheiten und die traditionellen Wirtschaftsstrukturen geachtet werden, ohne daß dies eine Verbreiterung und Verbesserung vorhandener Strukturen behindern darf.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird

- gezielt den Mittelstand fördern und auch Fördermittel von LG, Bundesregierung usw., soweit möglich, in diese Richtung lenken;
- die Privatisierung von bisher staatlichen Leistungen im Interesse des Mittelstandes vorantreiben und die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß kommunale Dienstleistungen, wie Müllabfuhr, Straßenreinigung u. ä. privatisiert werden können;

- die Kommunen bei der Bereitstellung von Gewerbeflächen unterstützen;
- einen raschen Ausbau der Infrastruktur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten unterstützen, um die Beförderung von Menschen, Waren und Nachrichten zu erleichtern und zu beschleunigen, d.h.
 - . Ausbau und Verbesserung des Straßennetzes und der Schienenwege,
 - . Aufwertung der Elbe zu einer zentralen europäischen Wasserstraße,
 - . Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs,
 - . Verbesserung der Flugverbindung von und nach Sachsen und
 - . vor allem schnellstmöglicher Ausbau des Telefon- und Telekommunikationsnetzes, um auf diesem wichtigen Sektor internationales Niveau zu erreichen;
- die traditionellen Naherholungs- und Fremdenverkehrsgebiete, wie die sächsische Schweiz, die Lausitz, das Erzgebirge und das Vogtland dabei unterstützen, ihren Rang wieder zu erlangen;
- durch Beratung, Begleitung und Förderung Existenzgründungen erleichtern;
- die beruflichen Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Bewältigung des Strukturwandels ausbauen und
 - zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Bildung einer Landesarbeitskammer als öffentlich-rechtliche Körperschaft unterstützen.

Die Agrar-Politik der CDU zielt auf eine ökologisch verträgliche wettbewerbsfähige Land-, Forst-, Fischerei- und Nahrungsgüterwirtschaft. Der Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln aus eigener Produktion kommt dabei die gleiche Bedeutung zu, wie der Wahrnehmung landeskultureller Verantwortung im ländlichen Raum und der Sicherung chancengleicher

Existenzbedingungen für die derzeit in diesem Bereich Beschäftigten. Im Rahmen notwendiger Strukturanpassungen sind dabei neue Beschäftigungsmöglichkeiten durch die Ansiedlung neuer Handwerks-, Gewerbe- und Industriebetriebe auf dem Lande zu erschließen.

Die verfehlte Agrar-Politik der Vergangenheit war einseitig auf Intensivierung der Produktion weitgehend ohne Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Kriterien orientiert und beruhte auf künstlich hochgehaltenen Erzeugerpreisen durch Einsatz umfangreicher Subventionen. Auf dieser Grundlage entwickelten sich überdimensionierte Betriebsstrukturen mit teuren, ineffizienten und umweltbelastenden sowie umweltzerstörenden Produktionsweisen. Die Erzeugnisse berücksichtigen in Sortiment und Qualität nur unzureichend bestehende Verbraucherwünsche und wettbewerbsgerechte Qualitätsmaßstäbe.

Der Übergang zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen zwingt zu einem grundlegenden Strukturwandel in allen Bereichen der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft. Von zentraler Bedeutung dafür ist die uneingeschränkte Sicherung bzw. Wiederherstellung der privaten Eigentumsrechte an Grund und Boden als Existenzgrundlage der Betriebe in Sachsen. Ausgehend von der freien Entscheidung der Eigentümer hat die Gründung privater Familienbetriebe die gleiche Berechtigung, wie die Bildung von genossenschaftlichen Betrieben mit für alle Mitglieder überschaubaren Größenordnungen.

Eine von der CDU geführte Landesregierung wird dazu

- die Neugründung bäuerlicher und gärtnerischer Familienbetriebe unterstützen;
- die Wettbewerbsfähigkeit und Chancengleichheit von Betrieben unterschiedlicher Eigentumsformen wahren helfen;
- eine Übernahme und Modifizierung des bundesdeutschen Flurbereinigungsrechtes anstreben, damit bei der Neubildung von Betrieben möglichst zusammenhängende Nutzflächen erhalten bleiben oder neu entstehen;

- Maßnahmen zur Herausbildung einer standortgerechten und umweltschonenden Agrar-Produktion unterstützen;
- die Arbeit der Landwirte in Landschaftspflege, Natur- und Umweltschutz fördern und wirtschaftlich stimulieren;
- durch umweltpolitische Maßnahmen zu einer grundlegenden Verminderung von Waldschäden beitragen;
- durch gesetzliche Regelungen die Voraussetzungen für einheitliche Prinzipien zur Bewirtschaftung von Wäldern aller Eigentumsformen schaffen;
- sich für eine wirksame Anpassungshilfe an die EG-Marktordnung für alle Betriebe mit einem tragfähigen Sanierungskonzept einsetzen;
- bei der Einführung der Milchquotenregelung sich für eine Bemessung auf der Grundlage des Rohmilchbedarfes des sächsischen Marktes unter Berücksichtigung der traditionellen grünlandreichen Standorte einsetzen;
- die Entwicklung einer leistungsfähigen Verarbeitungsindustrie zur Veredelung einheimischer Agrar- und Fischereierzeugnisse fördern;
- die Bildung von Erzeugerverbänden in Form von Kapitalgesellschaften unter Einbeziehung von Verarbeitungsindustrie und Handel unterstützen, um damit den Absatz einheimischer Erzeugnisse und Einflußmöglichkeiten der Erzeuger auf die Preisgestaltung zu fördern;
- sich für die Bildung einer einheitlichen bäuerlichen Interessenvertretung einsetzen;
- durch die Förderung der Infrastruktur-Entwicklung auf dem Lande einen aktiven Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum leisten;
- für die Bewahrung und Pflege dörflicher und bäuerlicher Traditionen als wertvolles Gut sächsischer Traditionen und Kultur Sorge tragen.

Die Umweltpolitik der CDU ist davon bestimmt, die Folgen der sozialistischen Mißwirtschaft für Natur und Umwelt zu überwinden. Wir wollen eine gesunde und funktionsfähige Umwelt als Grundlage des Lebens für heutige und künftige Generationen bewahren.

Damit die Hypothek der vergangenen 40 Jahre nicht unbezahlbar wird - denn die Natur vergißt nie, ihre Rechnung zu präsentieren - muß sich die Einsicht durchsetzen, daß die Bewahrung der Schöpfung durch konsequente Umweltvorsorge, Hand in Hand mit dem Umbau und Ausbau der Wirtschaft, zu einer ökologisch orientierten Marktwirtschaft erfolgen muß. Umweltschutz und Wirtschaftsentwicklung bilden für die CDU in Sachsen eine Einheit!

Umweltschutz als Langzeitökonomie garantiert, daß Sachsen nicht zum Billigstandort für umweltgefährdende Produktionen verkommt. Wirtschaftliches Wachstum bildet auf der Basis des Vollzugs fortschrittlicher Umweltgesetzgebung die beste Grundlage, um bestehende Umweltschäden zu beseitigen. Durch Regelungen zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zum Verursacherprinzip ist ein Verhältnis des Menschen zur Schöpfung zu erreichen, das jegliche weitere Beeinträchtigung der Schönheiten, Einmaligkeiten aber auch der Nutzungsfähigkeit der Natur ausschließt. Auf diesem Fundament kann das zentrale Ziel christlich-demokratischer Umweltpolitik erreicht werden, das da heißt: "Die Schöpfung bewahren - die Zukunft gewinnen!"

Eine von der CDU geführte Landesregierung wird

- die Umweltmoral und das Umweltbewußtsein in allen Bereichen und auf allen Ebenen auf vielfältige Weise fördern und eine Bildungspolitik durchsetzen, die gesicherte Kenntnisse über ökologische Zusammenhänge vermittelt;
- eine Sanierung der lufthygienischen Notstandsgebiete (Borna-Leipzig, Zittau-Görlitz, Pirna-Dresden) mit allen Mitteln vorantreiben;
- eine wesentliche Maßnahme zur Entlastung der Umwelt (wie auch zur Einsparung von natürlichen Ressourcen) ist die relative und absolute Reduzierung des Energieverbrauches. Von der Landesregierung müssen dazu unter Einbeziehung von Wissenschaft und Technik alle Möglichkeiten unterstützt werden.

- einen wirksamen Abbau der Schwermetallbelastung durch die Freiburger Hüttenindustrie betreiben;
- die Senkung der Nitratbelastung des Grund- und Oberflächenwassers durch eine veränderte Landwirtschaftspolitik (Reduzierung des Stickstoffdüngereinsatzes), die Schaffung von Güllestapelkapazität und die beschleunigte Einführung praxiswirksamer Nitratedeminierungsverfahren fördern und ein Programm zur langfristigen Verbesserung der geschädigten Bereiche erarbeiten;
- zur Erhaltung von Trinkwasserreserven durch Abwasserreinigung (Klärwerke) beitragen und nur naturschonende Konzepte zur Trinkwassersicherung in Ballungsgebieten (z.B. oberes Elbtal) zulassen;
- die weitere Ausbreitung des Waldsterbens, z.B. im Erzgebirge, durch den Einsatz moderner Umweltschutztechnik sowie durch abgestimmte Maßnahmen zur Reduzierung der SO₂ Immissionen aus der CSFR verhindern;
- im Natur- und Artenschutz den bedrohlichen Rückgang heimischer Tier- und Pflanzenwelt sowie den Verlust landschaftlicher Schönheiten aufhalten und durch neue inhaltliche und materielle Zielstellungen eines Landesnaturschutzgesetzes dazu beitragen, den Reichtum der sächsischen Kulturlandschaft wieder herzustellen;
- die Schaffung der Nationalparkregion "Sächsische Schweiz" unterstützen;
- die enorme Menge und Vielfalt industrieller Abprodukte und ihre teilweise unkontrollierte Ablagerung einschränken.
Dazu sind abproduktarme Technologien einzusetzen, Umweltschadstoffe wie Asbest, Formalin oder Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW) in rascher Schrittfolge abzulösen und eine landesweite Konzeption zur Auffindung und Sanierung von Altlaststandorten durchzusetzen (besondere Aufmerksamkeit gilt den Rückständen des Uranerzbergbaues um Aue, Schneeberg und Königstein).

Das Bauwesen muß Motor der Wirtschaftskonjunktur im Land Sachsen sein.

Die gescheiterte Wohnungspolitik des alten SED-Regimes hinterläßt verfallene Altbausubstanz in den Städten und menschenunwürdige Neubaugebiete ohne ausreichende Infrastruktur.

Die Baupolitik der CDU wird die Traditionslinien des an Zeugnissen großer Baukunst reichen Sachsenlandes wieder aufleben lassen.

Um diesen Ruf in Sachsen zu bestätigen, sind das Bauhandwerk und die mittelständische Bauwirtschaft auf jede Weise zu fördern. Dies kann besonders durch Bereitstellung von geeigneten Grundstücken, durch Aufträge, Kredite und Schaffen günstiger Starbedingungen für Unternehmen geschehen.

Die gebaute Umwelt ist bestimmend für das Lebensgefühl der Menschen. Sorgfältige Bewahrung des Charakters unserer sächsischen Städte und Dörfer, verbunden mit zweckmäßigen und milieugerechten Neubauten, das ist die Zielstellung für Bauherren, Architekten und Ingenieure.

Eine von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb

- ein leistungsstarkes Bauwesen fördern, das als Herzstück wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung sowohl eine ausgewogene Struktur von Klein-, Mittel- und Großbetrieben beinhaltet als auch eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen sichert und neu schafft;
- Voraussetzungen für eine intensive Bautätigkeit schaffen, welche die Sicherung vorhandener Bausubstanz einschließen, die Interessen der Kommunen wahren und wildes Bauen ausschließen;
- die Bauleitplanung im Zusammenwirken mit der Regionalplanung so unterstützen, daß empfindliche Lücken für dringend notwendige Entscheidungen geschlossen werden, und die Kommunen über ausgereifte Vorstellungen verfügen, was wo und wann gebaut wird. Mittel und Kräfte sind vorrangig auf Bauleitplanungen zu orientieren, die Studien aus konträrer Sicht und objektivierende Gutachten einschließen müssen;
- der Kommune als Bauherren die erforderliche Autorität verschaffen. Im Zusammenwirken mit den Bauträgern sind die vielfältigen Baumaßnahmen in die übergeordneten Interessen der Kommune einzuordnen. Die technische Realisierung des Auftrages des Bauherren nach Qualität und Wirtschaftlichkeit ist alleinige Sache der Auftragnehmer;

- sowohl das private Bauen wirksam unterstützen als auch soziale Wohnungsbaumaßnahmen fördern.
Wir setzen uns dafür ein, daß sich die Bürger in den Städten und Gemeinden in absehbarer Zeit mit ihrer Wohnumwelt identifizieren und sich in ihrer sächsischen Heimat wohlfühlen können;
- notwendige Baumaßnahmen, vor allem in sanierungswürdigen Altbaugebieten auch dann vorantreiben, wenn Eigentumsfragen sich noch in Klärung befinden.
Die aus selbstherrlichen Eigentumspraktiken des SED-Regimes resultierenden offenen Eigentumsverhältnisse dürfen nicht Ursache des endgültigen Verfalles sächsischer Städte und Gemeinden, einschließlich ihrer verschlissenen Infrastruktur sein;
- besonders in den Klein- und Mittelstädten auf eine wirtschaftlich wohlausgewogene städtebauliche Charakterpflege orientieren, in die als Ganzes die Sanierung bzw. Rekonstruktion der denkmalwürdigen Gebäude bzw. Bauwerke einbezogen sein muß.
Wenn auch auf Grund der Größenordnung des Verfalls sich kaum die Tendenz durchsetzen wird, die Stadt zum "Museum" werden zu lassen, so ist doch auf die Entwicklung einer milieugerechten Urbanität in ihrer Vielfalt zu achten.
Vorrangig ist die Sicherung der Bausubstanz zu betreiben und eine Rang- und Reihenfolge für weitere Maßnahmen festzulegen, um so zu einer Konzentration der Kräfte zu kommen;
- städtebauliche Wettbewerbe und Ausschreibungen fördern.
Architekturwettbewerbe sind auf solche Bauvorhaben zu beschränken, die städtebaulich von hohem Rang sind.
Sowohl für Projekte als auch für die Ausführung sind nach Qualität und Kosten Angebote einzuholen und mit großer Kompetenz zu beurteilen, erst dann ist zu entscheiden;
- bewährte Formen der Gutachtertätigkeit und der öffentlichen Fachdiskussion für Vorbereitung und Realisierung von Baumaßnahmen für das Land Sachsen anwenden, insbesondere für Vorhaben mit herausragender öffentlicher Bedeutung und unter den Gesichtspunkten baulich-gestalterischer und funktioneller Qualität und Perspektive - orientierter Flexibilität;

- der Ausbildung von Facharbeitern aller Baugewerke, Meistern, Polierern, Ingenieuren und Architekten große Aufmerksamkeit schenken.
Innungen und Fachverbände tragen neben den Kommunen die Verantwortung für die Ausbildung der Bauhandwerker.
Möglichkeiten für die Umschulung in Bauberufe sind attraktiv zu gestalten, denn hier entsteht großer Arbeitskräftebedarf.
Lehre und Forschung in allen technischen Bildungsstätten des Bauwesens ist wieder auf ein solches Niveau zu führen, daß ein Studium in Sachsen weit über die Landesgrenzen hinaus begehrt wird.

Baumaßnahmen wirken oft über die Grenzen der Gemeinden und Länder hinaus. Eine Abstimmung zwischen allen Beteiligten im Rahmen von Kommunal- und Regionalverbindungen ermöglicht gute Lösungen und sichert Chancengleichheit für Auftragnehmer.

Die CDU steht für eine Sozialpolitik, die den Schutz der sozial Schwächeren garantiert. Die Sozialpolitik wird diese Aufgabe pragmatisch und ohne ideologische Scheuklappen lösen.

Die Sozial- Gesundheits- und Familienpolitik der CDU orientiert sich an den Belangen der Bürger und ist ausgerichtet auf Privatisierung und Kommunalisierung des Zusammenlebens in Sachsen. Das bedeutet für die CDU die Gleichrangigkeit der Belange der Sozialpartner. Diese Politik war bereits nach dem Kriege Leitlinie christdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik (Jakob Kaiser, Pf. Ludwig Kirsch, Franz Jensch).
In diesem Zusammenhang muß auch die beispielhafte Leistung der Kirchen in der DDR und ihrer karitativen Organisationen erinnert werden. Wirtschaftlicher Fortschritt muß auch sozialen Fortschritt beinhalten. Die Antwort der CDU auf diese Herausforderung heißt soziale Marktwirtschaft. Diese Überzeugung gründet auf der christlichen Soziallehre.

"Ziel der Gesundheitspolitik der CDU ist es, jedem Bürger die gleiche Chance zu geben, gesund zu bleiben oder zu werden bei freier Wahl des Arztes oder des Krankenhauses und gleichzeitig die Berufswahl und Berufsausübung der Ärzte zu liberalisieren".

Eine von der CDU geführte Landesregierung tritt deshalb dafür ein,

- ein bedarfsgerechtes und leistungsfähiges Gesundheitswesen zur Sicherstellung der Krankenversorgung zu gewährleisten;
- im Krankenhauswesen freie Träger zuzulassen und konfessionelle Einrichtungen gleichwertig zu fördern;
- die freie Niederlassung von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern überall zu ermöglichen;
- daneben das System von Polikliniken und Ambulatorien in bisheriger Form oder als Gemeinschaftspraxen zu erhalten;
- ein gegliedertes Krankenkassensystem zuzulassen;
- Vorsorgemaßnahmen für gesundheitsbewußtes Leben und gesunde Ernährung zu fördern;
- zur Ergänzung der ambulanten Versorgung die Schaffung von Sozialstationen durch kommunale, kirchliche und freie Träger zu unterstützen und zu fördern;
- Selbsthilfegruppen (z.B. für Suchtgefährdete) zu unterstützen;
- eine rasche Förderung und Unterstützung zur menschenwürdigen Psychiatrischen Versorgung in Sachsen auf den Weg zu bringen.

Ein zentrales Anliegen christlich-demokratischer Sozialpolitik ist eine Alten- und Behindertenfürsorge, die diesen Menschen einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft gewährt.

Wir treten ein für

- eine bleibende Integration älterer Mitbürger in die Gesellschaft, insbesondere durch finanzielle Sicherstellung, Angebote für vielfältige nachberufliche Betätigungsmöglichkeiten sowie soziale und gesundheitliche Betreuung und altersgerechtes Wohnen;

- eine Alten- und Behindertenpolitik, die ein möglichst langes Verbleiben älterer und behinderter Bürger in ihren Familien sichert (dem dient auch die bereits erwähnte Errichtung von Sozialstationen) nicht zuletzt durch eine diese ermöglichende Wohnungsbaupolitik;
- eine umfassende Integration Behinderter als Partner in die Gesellschaft, besonders durch gezielte Rehabilitation, Rehabilitationswerkstätten sowie Betreuung und Schaffung von Sonderwohnformen;
- eine grundlegende Verbesserung der Situation in Alten-, Wohn- und Pflegeheimen durch bauliche Modernisierung und Verbesserung des Niveaus, insbesondere in der Pflege.

Die Familienpolitik der CDU gestaltet das von Gleichberechtigung und Gleichachtung geprägte Miteinander von Frau und Mann, von Alt und Jung, in Familie, Beruf und Gesellschaft.

Eine von der CDU geführte Landesregierung wird

- die Familie als Fundament unserer Gesellschaft schützen und fördern;
- die Eigenverantwortlichkeit der Familie erhöhen, die Arbeit in der Familie moralisch und finanziell würdigen, wozu auch Erziehungsgeld für Mutter oder Vater bei häuslicher Pflege des Kindes gehört;
- Anrechnung der häuslichen Pflege auf die Arbeitsjahre der Rentenberechnung;
- ungeborenes und geborenes Leben schützen;
- ein Netz spezifischer Beratungsstellen für Bürger aller Altersgruppen und in unterschiedlichen Lebenssituationen errichten helfen;
- die politische, wirtschaftliche, soziale und rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann umfassend gewährleisten;
- eine Bau- und Wohnungspolitik betreiben, die Möglichkeiten in der Mehrgenerationsfamilie schafft;
- für die Einbeziehung Alleinstehender und Alleinerziehender in die Gemeinschaft der Bürger eintreten;

Gesundheit, Leistungsfähigkeit und soziale Geborgenheit unserer Menschen sowie das Glück der Familie zu erhalten und zu fördern, gehören zu unseren wichtigsten Anliegen.

Politik für die Jugend heißt, für die Jugend Zukunftsperspektiven eröffnen und Entfaltungsmöglichkeiten in Beruf und Freizeit gewährleisten.

Gerade die Jugend hatte großen Anteil an den Oktober-/November-Ereignissen, an der friedlichen Revolution im Herbst 1989. Sie darf deshalb bei der Gestaltung eines freiheitlichen und demokratischen Sachsens nicht abseits stehen.

Die CDU wird deshalb eintreten

- für die Anerkennung und Durchsetzung der Rechte der Kinder und Jugendlichen;
- für gezielte Maßnahmen zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit;
- für die Intensivierung der beruflichen Bildung;
- für die Koordinierung und Förderung der Jugendarbeit von Vereinen und Verbänden mit den Jugendringen des Landes Sachsen zusammenzuarbeiten;
- für die Förderung von Jugendfreizeiteinrichtungen;

Die Kultur- und Bildungspolitik der CDU ist davon bestimmt, dogmatische Positionen und gleichgeschichtete stalinistische Strukturen zu zerschlagen, um christlich-humanistischen Traditionen folgend, die persönliche Entfaltung des einzelnen und eine gerechte Verwirklichung seiner Lebenschancen zu ermöglichen, die vielfältigen Interessen und Neigungen zu berücksichtigen, die Gestaltungskraft der Menschen und ihren Sinn für Schönheit zu erschließen und auf der Grundlage der Kultur- und Bildungshoheit Sachsens den Reichtum seiner Traditionen zu nutzen.

Das Kulturverständnis der CDU beruht auf der nahezu 2000jährigen Tradition christlich-abendländischer Werte. Die daraus erwachsende Vielfalt kultureller Äußerungen schuf einen geistigen Reichtum, der

allen Europäern gehört. Der kulturellen Pluralität Europas entspricht die kulturelle Vielfalt seiner Länder.

Wir stehen auf dem Boden der sächsischen Kulturtradition. Das sind die geistigen Wurzeln, aus denen wir Kraft zu einem erneuten Anfang für das Land Sachsen nehmen.

Kultur -

begründet das menschliche Selbstverständnis und ist für die Lebensgestaltung des Menschen entscheidend. Eine Sinngebung des Lebens ist ohne Kultur undenkbar. Hier berührt sie sich mit der Religion.

Konservativ und Neuem gegenüber aufgeschlossen -

stehen wir als christliche Demokraten Kultur und Kunst gegenüber, weil es gilt, Bewahrenswertes im Oberlieferten zu finden, Bedrohtes zu erhalten und Neues zu entwickeln.

Wirtschaftsfaktor Kultur -

steht einerseits als Synonym der Wechselwirkung zwischen der hohen Attraktivität kulturvoller Stätten und Regionen zur bevorzugten Ansiedlung wirtschaftlicher Unternehmungen, dem daraus determinierten Interesse der Wirtschaft, Kultur zu stützen und zu fördern und der damit verbundenen Sicherung von Beschäftigungsstrukturen innerhalb der Kultur. Andererseits wirken kulturvolle Umwelt, kulturvolle Lebensweise unmittelbar und mittelbar auf die Stärkung und Entwicklung der Wirtschaft. Die Geschichte steht hierfür als ein Beispiel.

Kulturelle Gleichwertigkeit -

ländlicher und städtischer Bereiche ist gleichzeitig Tatsache und Aufgabe für die Bewahrung von Kultur- und Kunsttradition, von bodenständiger Volkskunst verbunden mit besonderer Förderung der Lebensweise der Sorben sowie territorialer Besonderheiten des Erzgebirges, des Vogtlandes und der schlesischen Lausitz.

Unter dem gescheiterten Regime der totalitären SED ist unsere sächsische Kulturlandschaft mehr und mehr dem Verfall preisgegeben worden. Einzigartige Bauwerke, wie die Leipziger Universitätskirche St. Pauli, wurden brutal beseitigt.

Das geistige Leben in unserem Land wurde über den ideologischen Leisten einer engstirnigen Parteidoctrin geschlagen.

Wir wissen uns mit allen Künstlern und mit allen in der Kultur verantwortlich Tätigen verbunden, die sich in der vergangenen Zeit wagemutig dem bedrückenden Kulturdiktat widersetzt oder sich ihm entzogen haben. Wir bitten besonders sie, mit uns den tatkräftigen Wiederaufbau sächsischer Kultur einzuleiten.

Eine von der CDU geführte Landesregierung wird

- das Kultusministerium mit maßgeblichen kultur- und bildungspolitischen Kompetenzen ausstatten;
- Kulturschaffende in das Netz sozialer Sicherheit integrieren;
- zur Überwindung zentralistischer, sozialistischer Strukturen eine Bildungsunion mit anderen Bundesländern anstreben;
- die bisher erlebte Karrikatur einer Einheitsschule in ein vielfältig gegliedertes Schulwesen mit privater, gemeinnütziger und staatlicher Trägerschaft überführen, die mit jeweils besonderem pädagogischen Auftrag gleichwertige Bildungswege anbieten, das von gemeinsamen Grundschulen mit Haupt- und Realschulen bis zu Gymnasien reicht;
- in der beruflichen Bildung des Dualsystems ausbauen und dabei die Lernorte "Betrieb" und "Schule" vollwertig miteinander verbinden;
- die Zusammenarbeit von Eltern und Schulen in Fragen des Unterrichtsinhaltes, der Schulbuchwahl sowie der Behandlung zeitgeschichtlicher, politischer, religiöser, kultureller und ethischer Themen auf landesrechtlicher Grundlage (Schulverfassungsgesetz) fördern;
- die guten sächsischen Traditionen der Landes-Universitäten und -Akademien wieder aufnehmen und eine Hochschul- und Wissenschaftspolitik durchsetzen, die sowohl der Innovationskraft und Arbeitsplatzsicherung als auch den Kunst-, den Geistes- und Sozialwissenschaften zugute kommt;

- den unter den besonderen Bedingungen eines politisch motivierten Beförderungsstaus gewachsenen akademischen Mittelbau zum Nutzen der Leistungsfähigkeit und Attraktivität der sächsischen Hochschulen weitgehend erhalten und fördern;
- ein sozial sicheres Studentenleben garantieren sowie studentische Bewegungen durch Aufbau eines Studentenwerkes fördern;
- sich der Förderung von Kindern und Jugendlichen, die infolge einer körperlichen, sozialen oder geistigen Behinderung unserer besonderen erzieherischen Zuwendung und menschlichen Hilfe bedürfen, verpflichtet fühlen;

Wir bekennen uns zu werthafter Erziehungsziele wie Wahrhaftigkeit und Toleranz, Achtung und Liebe des Nächsten, Kreativität, Selbstdisziplin und Gemeinschaftssinn.

Diese Erziehung geht gegen Egoismus, Oberflächlichkeit und Bindungslosigkeit.

Die CDU in Sachsen tritt ein für Sport- und Freizeitgemeinschaften, die ihr Vereinsleben eigenverantwortlich und frei von staatlicher und anderweitiger Bevormundung gestalten. Wir betrachten es als Pflichtaufgabe, Räume, Plätze, Schwimmbäder und weitere entsprechende Anlagen zur Sportausübung zur Verfügung zu stellen und die gesamte Sportarbeit auch mit Mitteln aus der Kommune bzw. des Landes zu unterstützen. Jedem Bürger muß grundsätzlich die Möglichkeit offenstehen, sich entsprechend seinen Neigungen und Fähigkeiten in der von ihm gewünschten Sportart oder auch in mehreren Sportarten zu betätigen.

Eine von der CDU geführte Landesregierung wird für die künftige Sportpolitik im Land Sachsen von folgenden Grundsätzen ausgehen:

- Sport in der Freizeit gibt den Menschen Möglichkeiten zur persönlichen Entfaltung und ist damit ein hervorragender Ausgleich für die Zwänge der zweckgerichteten Arbeitswelt;
- freie Organisationen, insbesondere gemeinnützige Turn- und Sportvereine in Selbstverwaltung, sind die besten Träger eines sportlichen Freizeitangebotes. Eine gezielte öffentliche Förderung, insbesondere der Arbeit mit Schülern, Jugendlichen, Behinderten und Ausländern, auch des Seniorensports, ist ein wichtiges politisches Ziel der CDU;

- Als Voraussetzung für die weitere Existenz von Sportgemeinschaften und auch -klubs, sind folgende Probleme zu klären:
 - . Förderung des Aufbaus demokratischer Organisationsformen in allen Leitungsebenen des sächsischen Sportes;
 - . Erarbeitung einer tragfähigen Konzeption zu den Fragen des Eigentums, der Nutzung und der Unterhaltung der Sportstätten;
 - . Erarbeitung einer Konzeption zur Sicherung personeller Voraussetzungen zur Gewährleistung des Organisations-, Übungs-, Trainings- und Wettkampfbetriebes, insbesondere auch in den Landkreisen;
- gezielte Vereinsförderung (Vereinsförderungsgesetz) bei entsprechender Betonung ehrenamtlicher Tätigkeit, bildet eine tragende Säule der Sportbewegung. Dabei ist auf Gleichwertigkeit in der Förderung und Behandlung der Sportarten, der sporttreibenden Gruppen und unterschiedlichen sportlichen Zielsetzungen zu achten;
- ohne auf Leistungssport zu verzichten, ist jedoch dessen bisherige übertriebene Förderung auf Kosten der Allgemeinheit zu vermeiden.

Die Neugestaltung der elektronischen Medien in Sachsen muß sich sowohl an den Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland als auch in den Interessen Sachsens orientieren.

Eine von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb

- für ein duales Rundfunksystem mit einer eigenen sächsischen, öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt ("Sächsischer Rundfunk") und mit privaten Programmveranstaltern eintreten;
- für den Aufbau einer demokratischen, staatsfreien sächsischen Landesrundfunkanstalt Sorge tragen, die unabhängig von den heute noch bestehenden Strukturen des Rundfunks und Fernsehens der DDR arbeitet;
- Priorität bei Zulassung, Finanzierung und Frequenz- bzw. Sende-rechtszuweisung Programmen einräumen, die in Sachsen für Sachsen gestaltet und produziert werden. Diese sind für die Wiedergewinnung der Identität Sachsens, für dessen Weiterentwicklung und als Spiegel der Meinungen und Probleme der Bevölkerung von ausschlaggebender Bedeutung;

- für ein sächsisches Rundfunkgesetz und für ein Gesetz über den privaten Rundfunk in Sachsen eintreten, um die Gründung des "Sächsischen Rundfunks" bereits zu Beginn des Jahres 1991 zu ermöglichen.